

„Die Hoffnung besiegt die Angst.“ Brasilien wählt den Wandel

In seinem vierten Anlauf ist Luis Ignacio Lula da Silva, der Mitbegründer und Ehrenvorsitzende der Arbeiterpartei, zum neuen Präsidenten Brasiliens gewählt worden. Bei den Wahlen des Parlaments, der Gouverneure und Landtagsabgeordneten hat der PT sein bisher bestes Ergebnis erzielt. Der Wahlsieg des aus armen Verhältnissen kommenden Mechanikers und Gewerkschaftsführers Lula steht für einen tiefgreifenden soziopolitischen Wandel. Die traditionelle Elite hat zum ersten Mal in der Geschichte Brasiliens die politische Macht an „das Volk“ verloren. Zugleich ist der Wahlsieg des PT Ausdruck fast unbegrenzter Hoffnungen von Millionen Brasilianern, die eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse und Reformen in vielen Bereichen erwarten. Doch angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament muss die neue Regierung viel Verhandlungsgeschick, Konsens- und Kompromissfähigkeit beweisen, um Reformprojekte verwirklichen zu können und die hoch gesteckten Erwartungen nicht zu enttäuschen.

Luis Ignacio Lula da Silva, genannt Lula, ist zum neuen Präsidenten Brasiliens gewählt worden. In seinem vierten Anlauf erhielt der Mitbegründer und Ehrenvorsitzende der Arbeiterpartei (Partido de Trabalhadores, PT) bei der Stichwahl zum Präsidenten am 27. Oktober 2002 61,3 Prozent und mehr als 52 Millionen gültige Stimmen; schon beim ersten Wahlgang am 6. Oktober hatte Lula mit 46,44 Prozent und 39 454 692 Stimmen einen deutlichen Vorsprung vor seinen Mitbewerbern gewonnen, jedoch die absolute Mehrheit der Stimmen knapp verfehlt.

Der Verlauf der Wahlen hat bestätigt, dass die Demokratie in Brasilien als Staats- und Regierungsform gefestigt und Brasilien eine der großen Demokratien der Erde ist. Nur einmal hat bei einer demokratischen Wahl ein Kandidat so viele Stimmen erhalten wie Lula im zweiten Wahlgang (Ronald Reagan 1984).

Neben dem Sieg Lulas bei den Präsidentschaftswahlen hat die Arbeiterpartei auch bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen sowie bei den Wahlen der Gouverneure und Landtagsabgeordneten in den 27 Bundesstaaten ihr bisher bestes Ergebnis erzielt, ist jedoch weit von einer Mehrheit entfernt. In der Abgeordnetenkammer des nationalen Parlaments verfügt der PT nun über knapp ein Fünftel der Mandate (91 von 513 = 17,7 Prozent) und wird künftig den Präsidenten der Kammer stellen. Die Zahl ihrer Senatoren stieg von acht auf 14. Bei den gleichzeitig stattfindenden Gouverneurs- und Landtagswahlen erfüllten sich die Erwartungen des PT nicht. Zwar konnte

er die Zahl seiner Mandate in den Landtagen deutlich erhöhen, doch wird er künftig wie bisher nur drei Gouverneure stellen; die größte Niederlage erlebte die Partei in ihrer bisherigen Hochburg Rio Grande do Sul, wo sie das Amt des Gouverneurs nicht mehr wiedergewinnen konnte.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Sieg Lulas und des PT war der Koalitionspartner Lulas, die kleine Liberale Partei (Partido Liberal, PL), deren Führer José Alencar ein reicher Unternehmer ist und Lula die Türen zum Unternehmerlager öffnete. Zudem führte die im protestantischen Bevölkerungsteil verankerte konservative Partei PL Lula Stimmen aus der wichtigen Gruppe der evangelischen Kirchen und Sekten zu.

Der Wahlsieg des PT geht einher mit deutlichen Verlusten der bisherigen Regierungsparteien. Vor allem die sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata Brasileira, PSDB) des Präsidenten Fernando Henrique Cardoso hat auf nationaler Ebene eine empfindliche Niederlage erlitten, die nur teilweise dadurch kompensiert wird, dass sie wie bisher sieben und damit die relativ meisten Gouverneure stellt. Damit hat sich die dominierende Rolle der PSDB in der brasilianischen Politik der letzten Jahre relativiert. Sie wird jetzt in die Opposition gehen, was allerdings die Unterstützung einzelner Regierungsprojekte nicht ausschließt.

Viele kleinere Parteien haben Mandate im Nationalkongress und in den Landtagen gewonnen. Im Abgeordnetenhaus werden künftig 19 Parteien vertreten sein, in den Bundesstaaten insgesamt 28. So sehr dies als Ausdruck eines lebendigen Pluralismus verstanden werden kann, wird dadurch die Bildung und Erhaltung von Koalitionen, die für die Regierungsführung unerlässlich sind, nicht einfach werden.

Die Regierungsfähigkeit des brasilianischen Präsidenten hängt ab von der Unterstützung durch das Parlament und die Bundesstaaten. Wie schwierig es ist, zu regieren und Reformprojekte voranzubringen, selbst wenn eine breite parlamentarische Koalition mit deutlicher Mehrheit im Nationalkongress und eine Mehrheit bei den Gouverneuren besteht, hat die Regierungszeit von Präsident Cardoso gezeigt. Für Präsident Lula da Silva wird es noch schwieriger werden als für seinen Vorgänger, eine breite und haltbare

parlamentarische Koalition zu zimmern. Zwar wird der PT wahrscheinlich zusammen mit den Senatoren und Abgeordneten des PMDB und der kleineren Linksparteien eine Koalition bilden, die in beiden Kammern des Parlaments eine Mehrheit hat. Allerdings ist für Verfassungsänderungen eine Vier-Fünftel-Mehrheit in beiden Kammern und somit die Unterstützung der Opposition erforderlich.

Der Wahlsieg Lulas und der Arbeiterpartei bedeutet nicht nur einen Sieg der Opposition; das ist – zumal nach achtjähriger Regierungszeit eines Präsidenten und einer Koalitionsregierung – in einem demokratischen System nichts sonderlich Überraschendes. Vielmehr lässt sich behaupten, dass damit nun zum ersten Mal in der Geschichte Brasiliens die traditionelle Elite eine deutliche Niederlage erlitten hat und diejenigen Schichten, die bisher von der politischen und wirtschaftlichen Macht weitgehend ausgeschlossen waren, an der politischen Macht teilhaben. Nach Ablösung der Agrarelite durch die industrielle Elite in den vierziger Jahren hat nun das städtische Großbürgertum die politische Macht an „das Volk“ verloren.

Niemand verkörpert diesen Wandel so sehr wie der neu gewählte Präsident Lula, der 1956 im Alter von zehn Jahren mit seiner Mutter und sieben Geschwistern auf einem Lastwagen aus dem nordöstlichen Bundesstaat Pernambuco nach São Paulo kam, zuerst Hilfsarbeiter war, dann eine Lehre als Dreher absolvierte, sich in der Gewerkschaft engagierte, zum Führer des wichtigsten Industriegewerkschaftsverbandes aufstieg, in den siebziger Jahren Streiks und Demonstrationen gegen die Militärregierung organisierte, verhaftet und eingesperrt wurde, 1980 die Arbeiterpartei mitbegründete, sich in den achtziger Jahren für eine Demokratisierung und freie Wahlen einsetzte, erstmals 1989 bei Präsidentschaftswahlen kandidierte, in die Stichwahl kam, aber dem Überraschungskandidaten Collor de Mello unterlag, der die geballte Macht des politischen und wirtschaftlichen Establishments und der Medien hinter sich hatte (und zweieinhalb Jahre später wegen notorischer Korruption aus dem Amt vertrieben wurde). Es ist jener Lula, der 1994 und 1998 erneut als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen antrat, dann aber jeweils schon im ersten Wahlgang gegen Fernando Henrique

Cardoso unterlag, der als „Erfinder“ des „Plano Real“ von der Währungsstabilisierung profitierte und trotz seines Rufes als Linksinтеллектуeller mit den konservativen Parteien koalierte. Es ist auch der Lula, der rechtzeitig vor und während des Wahlkampfes 2002 seine früheren radikalen sozialistischen Positionen aufgab, moderate Töne anschlug und damit nun nach Jahrzehnten des politischen Kampfes sein politisches Ziel erreichte.

Die Wahl von Lula steht einerseits für einen sozio-politischen Wandel mit hoher politisch-symbolischer Bedeutung. Seine Wahl ist andererseits zugleich auch Ausdruck fast unbegrenzter Hoffnungen von Millionen Brasilianern, die eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse, Arbeitsplätze, die Überwindung der Armut, Reformen im Schul- und Gesundheitswesen und in vielen anderen Bereichen erwarten. Zugleich muss die neue Regierung das Vertrauen internationaler Finanzinstitutionen und Investoren gewinnen, um die sich seit Frühjahr 2002 zuspitzende Finanzkrise in den Griff zu bekommen und die Investitionen aus dem Ausland wieder zur erhöhen.

Die neue Regierung wird nach innen und außen viel Verhandlungsgeschick, Konsens- und Kompromissfähigkeit beweisen müssen, um einerseits aus der eher schwachen parlamentarischen Basis eine stabile regierungsfähige Koalition zu zimmern und daneben wichtige gesellschaftliche Sektoren, von den Unternehmern und Medien über die Gewerkschaften bis hin zur Bewegung der Landlosen für die Unterstützung ihres Projektes zu gewinnen. Andererseits muss sie gegenüber dem Internationalen Währungsfond, internationalen Banken und Anlegern deutlich machen, dass Brasilien seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt; sie muss die Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit der brasilianischen Wirtschaft und die Exporte weiter steigern und daneben brasilianische Positionen im Rahmen der Verhandlungen über die Amerikanische Freihandelszone sowie andere Projekte im Rahmen der Welthandelsorganisation vertreten.

Lula und der PT haben während des Wahlkampfes moderate Töne angeschlagen und warben sichtlich um das Vertrauen der Unternehmer, Banken, internationalen Anleger und selbst der Großgrundbesitzer

(die aufgrund der Nähe des PT zur Landlosenbewegung wahrscheinlich die größten Aversionen gegen die Arbeiterpartei hegen). In einem sehr detaillierten Wahlprogramm haben sie Vorschläge für Reformen und Projekte in einer Vielzahl von Politikbereichen formuliert. Freilich ist angesichts der prekären Finanzsituation der Spielraum für Reformen und insbesondere für kostspielige Programme sehr gering. Nach aktuellen Schätzungen werden die Steuereinnahmen des Bundes in Brasilien im nächsten Jahr um 15 Milliarden Reais (ca. fünf Milliarden Euro) geringer ausfallen als im Jahr 2002.

Zu viele Erwartungen, zu viele Aufgaben? In der Wahlnacht rief der künftige Präsident seinen Anhängern zu: „Die Hoffnung besiegt die Angst!“ Er weiß, dass die Brasilianer hoffen, die neue Regierung werde die vielfältigen Probleme des Landes lösen und wichtige Reformen in vielen Bereichen durchführen, und er weiß, dass seine Regierung die Hoffnungen nicht enttäuschen darf. Im gleichen Atemzug hat Lula da Silva vor überzogenen Erwartungen gewarnt: der bisher zurückgelegte lange und beschwerliche Weg an die Spitze des Staates sei ein leichtes gewesen gegenüber der Strecke, die nun vor ihm liege.

■ Hinweise zum Wahlsystem

In Brasilien werden alle vier Jahre am gleichen Tag der Präsident, ein Teil der Senatoren, die Abgeordneten des Nationalen Kongresses, die Gouverneure der 27 Bundesstaaten und die Abgeordneten der Staatenparlamente (Landtage) gewählt. Die Wahlperiode des Präsidenten und der Gouverneure beträgt vier Jahre mit einmaliger Wiederwahlmöglichkeit. Die Abgeordneten werden für vier Jahre gewählt und haben eine unbegrenzte Wiederwahlmöglichkeit. Die Mandatsdauer der Senatoren beträgt acht Jahre mit der Möglichkeit der Wiederwahl; alle vier Jahre findet eine Teilerneuerung des Senats statt, weshalb 2002 nur zwei Drittel der Senatoren gewählt wurden.

Pro Bundesland gibt es drei Senatoren, bei 27 Bundesländern somit insgesamt 81 Senatssitze. Die Abgeordnetenkammer hat 513 Sitze. Die Zahl der Abgeordnetenmandate pro Bundesland hängt ab von dessen Einwohnerzahl. Allerdings haben die Staaten mit geringerer Bevölkerung eine relativ höhere Zahl von Abgeordneten, was in den bevölkerungsstarken Bun-

desländern immer wieder kritisiert wird.¹⁾ Reformversuche sind jedoch bisher noch stets gescheitert.

Für die Präsidentschafts- und Gouverneurswahl gilt das Mehrheitswahlrecht. Gewählt ist, wer eine absolute Mehrheit der gültigen Stimmen gewinnt. Erreicht keiner eine solche, kommt es zu einer Stichwahl. Für ein Senatsmandat genügt eine relative Mehrheit; werden zwei Mandate in einem Bundesland vergeben, sind die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen gewählt. Für die Wahlen der Bundestags- und Landtagsabgeordneten gilt ein Verhältniswahlssystem mit sogenannter offener Liste. Die Parteien stellen zwar Landeslisten auf, doch die Bürger wählen einzelne Abgeordnete. Aus der Gesamtzahl der gültigen Stimmen eines Bundeslandes wird ein Quotient gebildet, nach dem die auf eine Partei entfallenden Mandate bestimmt werden; diese werden dann gemäß der Einzelstimmen der Kandidaten verteilt. Über Wahlkoalitionen werden Kleinparteien bei der Sitzverteilung berücksichtigt und haben die Chance, Mandate in der Abgeordnetenkammer zu gewinnen. Erst ab 2006 gilt eine Fünf-Prozent-Klausel, die es den Kleinparteien erschweren wird, Mandate zu gewinnen.

Das Auszählverfahren hat nun dazu geführt, dass die kleine, rechtsnationalistisch-bizarre Partei PRONA, deren Vorsitzender Enéas Carneiro in São Paulo mehr als 1,5 Millionen Stimmen erhielt (die landesweit höchste Stimmenzahl für einen Kandidaten!), insgesamt sechs Abgeordnetenmandate im Bundesstaat São Paulo gewann; einer der Kandidaten erhielt lediglich 275 Stimmen und wohnt zudem in Rio de Janeiro. Dies, wie überhaupt das Abschneiden der Kleinparteien, provozierte nach Abschluss der Stimmenauszählung den Ruf nach einer politischen Reform – ein Projekt, das zwar seit Jahren diskutiert wird, aber immer wieder verschoben wurde. Die Chancen einer politischen Reform, die nicht nur das Wahlrecht betrifft, sind nun zweifellos größer geworden.

Wenige Tage vor Ablauf der Einschreibefrist für die Wahlen hat ein Richter des Obersten Wahlgerichts ein Urteil zur Koalitionsbildung erlassen, von dem einschneidende Wirkungen auf die Wahl erwartet wurden. Entgegen der bisherigen Gepflogenheit, wonach die Parteien für die nationalen Wahlen und bei

1) Beispielsweise gibt es für die 25 655 553 Wahlberechtigten im Staat São Paulo 70 Abgeordnete, d.h. ein Mandat für 366 507 Wähler, während es in den kleineren Bundesstaaten ein Mandat für zum Teil weniger als 30 000 Wähler gibt, in Roraima mit 208 524 Wählern acht Mandate (ein Mandat pro 26 065 Wähler).

den Wahlen in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Koalitionsvereinbarungen eingingen, schrieb der Richterspruch jetzt vor, dass die für nationale Wahlen vereinbarte Koalition auch zwingend in den Bundesländern einzuhalten wäre. Trotz heftigen Protests gegen dieses Urteil war daran nichts mehr zu verändern. Vor allem die kleinen Parteien fürchteten um ihre Wahlchancen, weil sie stets in verschiedenen Bundesländern mit unterschiedlichen Partnern koalitierten. Doch auch die größeren Parteien folgten, je nach Wahlaussichten und Präferenzen lokaler Führer, dieser Praxis. Das Urteil wurde als eindeutige Hilfsmaßnahme für den Regierungskandidaten José Serra interpretiert, um die bisherigen Regierungsparteien zu bewegen, ihm insgesamt und überall ihre Unterstützung zu garantieren. Doch nur die PMDB hielt nach schwierigen internen Debatten an dieser Koalition formal fest. Allerdings haben sich in etlichen Bundesländern lokale PMDB-Führer nicht an die Vereinbarung gehalten und Kandidaten anderer Parteien unterstützt. Ebenso verfuhr auch andere Parteien. Der Spruch des Wahlgerichts hatte am Ende weniger Auswirkungen, als manche erhofften und andere befürchteten. Ein Dienst an der Demokratie war er allerdings schon deshalb nicht, weil eine so einschneidende Änderung der Spielregeln ohne demokratische Debatte und Entscheidung im Parlament eher den Eindruck der Rechtsunsicherheit und eines politischen Willküraktes zugunsten eines Kandidaten vermittelte.

■ Kandidaten und Koalitionen

Der Wahlkampf begann ein gutes Jahr vor den Wahlen. Seit der zweiten Jahreshälfte 2001 versuchten sich die verschiedenen Prätendenten in Position zu bringen, um ihre Nominierung durchzusetzen und Parteienbündnisse zu schmieden, die für die gemeinsame Wahlkampfführung, die Werbeminuten im Fernsehen und die spätere Sitzverteilung in der Kammer äußerst wichtig sind.²⁾ Dass eine Partei allein eine Wahl gewinnen kann, ist in Brasilien erfahrungsgemäß unmöglich.

José Serra

Regierung und viele Beobachter und Kommentatoren waren lange Zeit der Meinung, dass der „offizi-

2) Die Nominierung der Kandidaten für den Senat wird in der Regel innerhalb eines Bündnisses abgestimmt; die Werbeminuten im Fernsehen und Radio werden im Verhältnis zur Parlamentsstärke vergeben, so dass die Addition der Werbeminuten einem Kandidaten große Vorteile verschaffen. Serra verfügte deshalb täglich (!) über ca. 20 Minuten, während Lula nur 10 Minuten Fernseh- und Radiowerbung hatte.

elle“ Kandidat die Wahlen gewinnen könne, weil das Wahljahr zu einer „Leistungsschau“ der Regierung Cardoso werde, deren Medienmacht keinen Platz für Kritik lassen werde, die Regierungskoalition zusammen bleiben wolle und Lula ohnehin zum ewigen Verlierer verdammt sei. Wer immer von der Koalition nominiert werden würde, konnte sich somit gute Chancen ausrechnen. Das Recht des PSDB zur Benennung des Präsidentschaftskandidaten wurde von den anderen Parteien nicht ernsthaft bestritten.

Innerhalb des PSDB traten vor allem zwei Kandidaten auf: der bisherige Gesundheitsminister José Serra, der einen vorbildlichen politischen Lebenslauf³⁾ und das Wohlwollen, wenn auch vorerst nicht die explizite Unterstützung von Präsident Cardoso besaß, und der Gouverneur des Bundesstaates Ceará, Tasso Jereissati. Lange wartete man darauf, dass Serra bessere Umfrageergebnisse erzielen würde, was jedoch nicht eintrat. So entschied letztlich ein Machtwort Cardosos die Nominierung von Serra. Doch weiter warteten Regierung, Partei und Kandidat auf bessere Umfrageergebnisse, die sich nicht einstellen wollten.

Der wichtigste Gegner von Serra kam aus der eigenen Regierungskoalition. In der zweiten Jahreshälfte 2001 lancierte der PFL Roseana Sarney, die Gouverneurin des nordöstlichen Bundesstaates Maranhão und Tochter des ehemaligen Präsidenten José Sarney als Präsidentschafts-Vorkandidatin. Gedacht war diese „Vorkandidatur“ eigentlich nur als Verhandlungsmasse, um bei den anstehenden Gesprächen mit dem PSDB und dem PMDB über die Kandidaturen für das Amt des Vizepräsidenten, den Senat und die Gouverneursposten Absprachen und Rücksichtnahmen zu erreichen. Roseana Sarney hätte dann ihre Kandidatur zugunsten von Zugeständnissen in jenen Verhandlungen aufgegeben. Allerdings fand Frau Sarney in den Umfragen wachsende Zustimmung und schien sogar in der Lage, gegen Lula gewinnen zu können. Innerhalb des PSDB sorgte dies für zunehmende Nervosität, zumal der eigene Favorit José Serra nicht aus einem Umfragetief herauskam. Wohl nicht ganz ohne Wissen Serras, des Justizministers (PSDB) und sogar des Präsidenten Cardoso selbst haben Staatsanwälte am 1. März 2002 eine „unabhängige“ Hausdurchsuchung in einer Firma des Ehemanns von Frau Sarney durchgeführt und fanden

3) Serra ist Ingenieur und Volkswirt, war Anfang der sechziger Jahre Studentenführer, verbrachte dann aber als Gegner der Militärregierung 14 Jahre im Exil, etliche Jahre davon bis zum Sturz Allendes in Chile, war ab 1986 Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung, dann Abgeordneter und Senator und zuletzt seit 1998 Gesundheitsminister, wobei er das Ressort mit gutem Erfolg und vielen Initiativen führte.

dabei Bargeld in Höhe von 1,34 Millionen Reais (ca. 500 000 Euro). Die Veröffentlichung der Bilder des Geldes sowie die verschiedenen unglaublichen Erklärungsversuche ihrer Familie über die Herkunft des Geldes zwangen Frau Sarney dazu, ihre Kandidatur aufzugeben. Der PFL beschuldigte Serra, die Aktion der Staatsanwaltschaft veranlasst zu haben, und verließ die Regierung. Die Partei verweigerte José Serra beharrlich ihre Unterstützung und sprach sich dann mehrheitlich für den Kandidaten Ciro Gomes aus. Vor dem zweiten Wahlgang haben Frau Sarney und einige andere „Kaziken“ des PFL sogar ihre Unterstützung für Lula erklärt.

Die Fortsetzung der Wahlkoalition war damit gescheitert. Nur der PMDB verblieb als Partner von Serra. Doch auch innerhalb dieser Partei gab es großen Widerstand gegen die Aufrechterhaltung der Koalition. Der PMDB konnte den Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten benennen, aber mehrere Wunschkandidaten erteilten Serra eine Absage, weil sie wohl an seinen Wahlaussichten zweifelten. Am Ende fand er in der Abgeordneten Rita Camargo eine Kandidatin, die im Wahlkampf sehr blass blieb und keine zusätzlichen Stimmen mobilisieren konnte.

Noch vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes ab Juli 2002 war José Serra in einem zentralen Punkt der Wahlkampfstrategie gescheitert, der Bildung einer breiten Wahlkoalition.

José Ignacio Lula da Silva

Innerhalb des PT hatte es einige Zeit wohl gewisse Zweifel gegeben, ob man ein viertes Mal mit Lula antreten sollte, zumal viele Kommentare davon ausgingen, dass Lula immer nur verlieren und die Kommunikationsmaschine der Regierung im Verein mit den Medien jeden Regierungskandidaten zum Wahlsieg führen werde. Freilich hatte die Partei zu Lula keine personelle Alternative. Senator Eduardo Suplicy trat zwar in einem parteiinternen Auswahlverfahren gegen Lula an, doch innerhalb des PT fürchtete man weniger eine Niederlage Lulas als vielmehr eine Imagebeschädigung durch allzu heftige Auseinandersetzungen. Die Parteiabstimmung verlief dann jedoch sehr geordnet und Lula wurde mit großer Mehrheit als Kandidat bestätigt, was seine Legitimation nur förderte.

Schwieriger war es für den PT, einen geeigneten Partner zu finden; denn dass der PT alleine gewinnen könne, schien unmöglich. Zur Überraschung vieler Beobachter und Parteifreunde präsentierte Lula im Frühjahr den Führer des Partido Liberal (PL) und Unternehmer José Alencar als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft. Der relativ kleine PL ist eine eher konservative Partei und Alencar ein reicher Unternehmer, der als eine Art *selfmade man* den größten Textilkomplex des Landes aufbaute. Der PL ist sehr stark im evangelischen Lager verankert, während der PT vielerorts von der katholischen Kirche, Priestern und Laienorganisationen unterstützt wird. Lula sah sich daher veranlasst, diesen Pakt nicht nur seinen eigenen Parteigenossen, sondern auch der katholischen Bischofskonferenz zu erläutern, die über den neuen Partner des PT keineswegs begeistert war, ihn letztlich aber akzeptierte.

Die Präsentation dieses Koalitionspartners zeigte, dass der PT nicht nur aus seinen Erfahrungen gelernt hatte, sondern diesmal auch bereit war, verschiedene Konzessionen zu machen, um die Macht zu erlangen. Innerhalb des PT war es ein schwieriger Diskussionsprozess, der allerdings mit viel Disziplin geführt wurde, ehe die Zustimmung zu diesem Koalitionspartner feststand. Ebenso war es auch innerhalb des PL lange umstritten, ob man eine Koalition mit dem PT eingehen solle, doch Alencar erhielt schließlich die Zustimmung zu diesem Projekt. Für den Wahlkampf des PT hatte dieser Koalitionspartner große Bedeutung, weil Alencar mit seinen Verbindungen im Unternehmerlager für Lula warb und ihm die Türen für zahlreiche Begegnungen mit Unternehmern öffnete; nicht zuletzt für die Wahlkampfkasse des PT bedeutete dieser Partner einen wahren Segen, so dass das ursprüngliche Wahlkampfbudget Lulas deutlich erhöht wurde, während Serra am Ende des Wahlkampfes keine Mittel mehr für größere Veranstaltungen aufbrachte.

Neben dem PL nahm der PT in sein Wahlbündnis auch die Kommunistische Partei PC do B sowie zwei weitere kleine Linksparteien (PMN und PCB) auf.

■ Anthony Garotinho

Antony Garotinho war seit 1995 Gouverneur des Staates Rio de Janeiro, wo er eine wegen seiner popu-

listischen Maßnahmen umstrittene Regierung geführt hatte, dadurch aber über die Landesgrenzen von Rio hinaus bekannt wurde. Garothino war vor vier Jahren als Kandidat der Linkspartei PDT in einem Bündnis mit dem PT gewählt worden, hatte sich aber bald nach der Wahl mit dem PDT-Führer Leonel Brizola überworfen und mit seinem Koalitionspartner PT gebrochen und war in die Linkspartei PSB eingetreten, die ihn als Präsidentschaftskandidaten akzeptierte. Garotinho, der früher einmal protestantischer Prediger gewesen war, hatte seine Wähler vor allem in den evangelischen Kirchen und Sekten sowie im Staat Rio de Janeiro, wo seine Ehefrau im ersten Wahlgang zur Gouverneurin gewählt wurde. Während des Wahlkampfes machte er mehr durch populistische Versprechungen als ernsthafte Programmanschläge auf sich aufmerksam. Seine Koalitionspartner sind die kleinen Parteien PGT and PTC.

■ **Ciro Gomes**

Ciro Gomes war bereits vor vier Jahren Präsidentschaftskandidat und hatte in den vergangenen Jahren immer wieder in populistischer Weise als Sprachrohr einer diffusen Opposition von sich reden gemacht. Vorübergehend hatte er in den Jahren 1999 und 2000, als die Popularität von Präsident Cardoso einen Tiefpunkt erreichte und von Lula auch nicht viel zu hören war, sehr gute Umfrageergebnisse. **Ciro Gomes** war u.a. Gouverneur des Bundesstaates Ceará im Nordosten sowie 1993 kurzzeitig Finanzminister unter Präsident Itamar Franco. Vor etlichen Jahren einmal Mitglied des PSDB, doch ohne Chance, in dieser Partei zu reüssieren, hatte er eine neue politische Heimat in der Linkspartei PPS gefunden. Populismus blieb sein Markenzeichen. Nach schwierigen Verhandlungen gelang es ihm, zwei weitere Parteien aus dem Mitte-Links-Spektrum, PDT und PTB, in eine Koalition einzubinden. Doch in dem Maße, in dem sich der PFL von Serra und der Regierung abwandte, warb Gomes auch um die Unterstützung der konservativen Kaziken aus dem PFL. Das aber löste bei seiner eigenen Partei erhebliche Irritationen aus und schadete seiner Glaubwürdigkeit. Nach einem vorübergehenden Umfragehoch geriet Gomes ins Zentrum der Angriffe von Serra, der viele Widersprüche und Unwahrheiten in den Äußerungen dieses Kandidaten

aufdeckte. Am Ende erhielt Gomes deutlich weniger Stimmen als erwartet.

Neben den vier genannten traten noch zwei Kandidaten kleiner linksextremer Parteien an, die jedoch keine Chancen hatten.

■ Wahlkampf

In Brasilien fand ein Wahlkampf der Opposition statt. Die Regierung war kaum präsent und hat zu keinem Zeitpunkt versucht, ihre geballte Medienmacht zugunsten „ihres“ Kandidaten einzusetzen.⁴⁾ Denn selbst der Regierungskandidat Serra suchte sich eher von der Regierung (der er viele Jahre angehört hatte) zu distanzieren und notwendige Änderungen und Reformen in Aussicht zu stellen, als dass er die Leistungen der letzten Jahre verteidigte. Diesen Spagat haben viele Wähler nicht verstanden und auch deshalb einen Kandidaten der authentischen Opposition gewählt.

Zentrale Wahlkampfthema waren die Wirtschaft und die Verbesserung der sozialen Verhältnisse, insbesondere die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die vier wichtigsten Kandidaten vertraten sozialdemokratische Programme, allerdings in unterschiedlicher Ausprägung und Ausarbeitung. Insbesondere Lula und der PT legten ein sehr detailliertes und ausführliches Programm vor.⁵⁾ Zum zweiten wichtigen Wahlkampfthema wurde die Bekämpfung der Kriminalität, doch hatten die Kandidaten dazu keine sehr konkreten Programmanschläge anzubieten.

Im Juni, zu Beginn der „heißen“ Wahlkampfphase, versuchte José Serra mit Unterstützung von Präsident Cardoso und einigen Kabinettsmitgliedern eine Angstkampagne zu starten, indem sie davor warnten, einen inkompetenten Präsidenten zu wählen, weil dann Brasilien ein ähnliches Schicksal wie Argentinien erleiden könnte. Doch die Brasilianer ließen sich davon nicht beeindrucken, in Argentinien führte dies zu Verärgerung und heftigen Protesten – und nur die internationalen Ratingagenturen reagierten „positiv“ auf diese Kampagne und erhöhten das Länderrisiko, was zur Abwertung des Real, einer Verteuerung der Zinsen und einer Verschärfung der sich ohnehin abzeichnenden Finanzkrise führte. Während des Wahl-

4) Die Regierung und öffentliche Unternehmen sind die bei weitem wichtigsten Anzeigenkunden der Medien, die deshalb sehr stark von diesen Aufträgen abhängen. Präsident Cardoso trat nur zu Beginn des Wahlkampfes zugunsten von Serra auf, hielt sich dann aber mit öffentlichen Erklärungen für den von ihm ausgewählten Kandidaten stark zurück.

5) Zum Programm von Serra siehe <http://www.joseserra.com.br/site/planogoverno/home.asp>. Zum Programm Lulas siehe unten Punkt 3.

kampfes haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dramatisch verschlechtert. Für die Kandidaten der Opposition war das ein zusätzlicher Schub. Diese sahen sich plötzlich in die Pflicht genommen, einem von der Regierung rasch ausgehandelten Hilfeabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds zustimmen zu müssen, um Vertrauen nach außen zu vermitteln und eine Verschärfung der Krise zu vermeiden. Vor allem Lula nutzte diese Situation, um staatsmännisches Verantwortungsbewusstsein zu demonstrieren. Auf internationale Beobachter verfehlte das seine Wirkung nicht. Gegen Ende des Wahlkampfes zeigte sich ein Erfolg des Werbens um Vertrauen, als Medien wie *Time Magazin*, *Financial Times* und *Economist* ihre anfängliche Skepsis ablegten und mit einem gewissen Vertrauen über den künftigen Präsidenten Lula berichteten.⁶⁾

6) Die Zeitschrift *The Economist* hat sogar Anfang Oktober in unüblicher Weise noch vor dem ersten Wahlgang Lula eine Titelgeschichte gewidmet, in welcher der PT-Kandidat durchaus positiv beschrieben wurde.

Im Gegensatz zu seinen früheren Wahlkämpfen, in denen er mit markigen sozialistischen Sprüchen viele Wähler eher abgeschreckt als hinzugewonnen hatte, war Lula im Wahlkampf 2002 deutlich um Mäßigung und Moderation bemüht. Bei den Fernsehdebatten trat er als vermittelnder Staatsmann auf und es verging keine Woche, in der er sich nicht mit wichtigen Unternehmergruppen traf, die alle bestätigten, dass sie von der Wandlung des Kandidaten überzeugt wären. Lula folgte dem Rat seines Marketingchefs, der den Kandidaten in der Fernsehwerbung mit dem Weichzeichner präsentierte: *Lulinha paz e amor*, „Lulachen, Friede und Liebe“, wurde zum Markenzeichen der Kampagne, *Agora é Lula*, „Jetzt ist es Lula!“ war der zentrale suggestive Slogan.

Nach dem ersten Wahlgang entbrannte bis zu den drei Wochen später stattfindenden Stichwahlen noch einmal ein kurzer heftiger Wahlkampf. Für die Präsidentschaftskandidaten ging es vor allem darum, zusätzliche Unterstützung von denen zu gewinnen, die zuvor für andere Kandidaten gestimmt hatten. Zudem versuchten sie, die bereits gewählten Gouverneure, Senatoren und Abgeordnete für ihre Wahlkampagne einzuspannen. Fernsehwerbung gab es wiederum im Überfluss, bei der José Serra den Ton gegenüber Lula verschärfte, ihm mangelnde formale Schulausbildung und fehlende exekutive Erfahrung vorwarf und ein düsteres Bild für den Fall eines Wahlsieges von Lula zeichnete. Doch alle seine Bemühun-

gen litten darunter, dass niemand im Land, selbst die Mehrheit seiner Anhänger nicht, mehr an seinen Sieg glaubte. Serra endete als isolierter Kandidat.

Lula dagegen erhielt die Unterstützung der ausgeschiedenen Bewerber Antony Garotinho und Ciro Gomes, die ihre Wähler zur Unterstützung des PT-Führers aufriefen.⁷⁾ Wichtige Unternehmergruppen drückten ihr Vertrauen in die Regierungsfähigkeit eines eventuellen künftigen Präsidenten Lula aus. Zudem konnte er sich die Unterstützung protestantischer Kirchen versichern, deren wahlpolitische Bedeutung vor und bei den Wahlen deutlich zugenommen hat.

Die Umfragen wiesen konstant einen hohen Vorsprung Lulas vor Serra aus. Innerhalb des PT gab es gegen Ende des Wahlkampfes mehr Sorgen über die Aufgaben, die man mit der Übernahme der Regierung ab 1. Januar schultern würde, als über die Wahl und die Notwendigkeit, noch einige zusätzliche Stimmen zu gewinnen. Das Wahlergebnis hat dann letztlich bestätigt, was die meisten Brasilianer ohnehin erwarteten.

■ **Das Wirtschaftsprogramm Lulas und des PT**

Schwerpunkt des Wahlkampfes waren Wirtschaftsthemen. Dem Kandidaten Lula und seiner Partei war bewusst, dass sie in diesem Bereich Kompetenz demonstrieren mussten, um von den Wirtschaftsgruppen, Medien, der Mittelschicht und nicht zuletzt auch dem internationalen Umfeld akzeptiert zu werden. Sie legten daher ein sehr ausführliches Wirtschaftsprogramm vor, das hier in seinen wesentlichen Punkten kurz paraphrasiert werden soll.⁸⁾

Allgemeine Ziele und Pläne des Wirtschaftsprogrammes des PT

- aktivere Präsenz des Staates durch regulierende Aktivitäten und langfristige Pläne
- Förderung des Wirtschaftswachstums durch Industrie- und Steuerpolitik als Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Abbau des externen Defizits
- wirtschaftliche Stabilität, Kontrolle der Inflation, Erhöhung der nationalen Sparquote, Senkung der Zinsrate, Ausbau der Infrastruktur

7) Dass die Frau Garotinhos bereits im ersten Wahlgang zur Gouverneurin des Staates Rio de Janeiro gewählt wurde und die PT-Kandidatin unterlag, war insofern ein Vorteil für Lula, als dadurch eine Auseinandersetzung mit der Familie Garotinho vermieden wurde und sich der populäre Garotinho daher um so eher für Lula aussprechen konnte.

8) Vgl. <http://www.lula.org.br/obrasil/programa.asp>.

- Schaffung von Arbeitsplätzen, Verbesserung der Einkommensverteilung
- größere Autonomie von Weltmärkten durch technologische Befähigung nationaler Unternehmen, Erhöhung der internen Finanzquellen und Stärkung der nationalen Wirtschaftsintegration (Arbeitsteilung zwischen den Regionen) durch stärkere Eingriffe des Staates in die Wirtschaft

*Neues Entwicklungsmodell für Brasilien
mit drei Schwerpunkten*

1. Schaffung von Arbeitsplätzen und Reformen auf dem Arbeitsmarkt durch
 - Stärkung der Position der Gewerkschaften als Vermittler zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern
 - Reform des Arbeitsrechts
 - Nationales Förderungsprogramm für die Anstellung Jugendlicher
 - Angebot von bezahlten Praktika in den Kommunen; Ausweitung des Angebotes von Berufsausbildung;
 - Erhöhung des Mindestlohns
 - Umwandlung von Arbeitsplätzen des informellen Sektors in formelle Arbeitsplätze
 - gezielte Förderung bestimmter Sektoren durch den Staat
 - Verbesserung der Kreditvergabe für Kooperativen
 - Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen

Zehn Millionen Arbeitsplätze sollen geschaffen werden durch ein Wirtschaftswachstum um fünf Prozent pro Jahr (5,33 Millionen Arbeitsplätze), durch Verringerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden und den Abbau von Überstunden (3,2 Millionen Arbeitsplätze) und durch öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme (1,47 Millionen Arbeitsplätze).⁹⁾

2. gerechtere Einkommensverteilung
 - Steuerreform zur Vereinfachung des Steuersystems: Möglichkeit der Kumulierung von Steuerabgaben, langfristige Reduzierung der Steuerlast auf Produktion, für Arbeitnehmer niederen und mittleren Einkommens und auf Massenkonsumgüter
 - Verringerung der Steuerunterschlagung

9) Im Regierungsprogramm wird dann noch differenziert: 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sollen durch Unterstützung der Familien länger in die Schule gehen, 3,2 Millionen über 60-jährige sollen durch Schaffung eines nachhaltigen Rentensystems früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden, Unternehmen sollen Anreize erhalten um Arbeitslose älter 40 Jahre anzustellen, zudem soll die Arbeitslosenhilfe in bestimmten Städten ausgeweitet werden.

- keine regressive Besteuerung
 - Umwandlung des ICMS in Mehrwertsteuer (IVA)
3. Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur
- vermehrte Investitionen des Staates, vor allem in den Bereichen Energie und Transport und dadurch auch Schaffung neuer Arbeitsplätze
4. generelle Richtlinien für das neue Entwicklungsmodell
- Erweiterung der internen Einnahmen des Staates
 - Erhöhung der internen Sparquote, Verringerung des spread bancário, Stärkung der speziellen Kreditanstalten (BNDES, Caixa Econômica Federal, ...)
 - Erhöhung der Produktivität (Erhöhung des Einkommens, Ausweitung des Konsums, höhere Investitionen, höhere Produktivität), Erhöhung der Investitionen in F&E
 - Selektive Intervention in Restrukturierung bestimmter Sektoren (Elektronik, chemische Industrie ...)

Aussenhandelspolitik

- Stärkung des Mercosul: Integration auf mehreren Ebenen (gemeinsame Geldpolitik, Institutionen und Aussenpolitik)
- ALCA: keine Zustimmung, falls die USA ihren Protektionismus nicht aufgeben; keine Ideologisierung der Debatte
- ausgeglichene Beziehungen zu NAFTA, EU und asiatischem Block halten
- kein Verzicht auf ausländische Unternehmen, Technologie und Kapital
- Erhöhung von Exporten und kompetitiver Imports substitution; Koordination von Massnahmen durch ein Ausserordentliches Sekretariat des Aussenhandels (Secretária Extraordinária de Comércio Externo), das direkt dem Präsidenten unterstellt ist

Finanzierung der Vorhaben

- Neuverteilung der Ressourcen der Entwicklungsbank BNDES, Finep
- Wirtschaftswachstum: im Durchschnitt fünf Prozent pro Jahr

- Bessere Verwaltung der Staatseinnahmen (Unterbindung von Unterschlagung)
- Verringerung der administrativen Ausgaben des Staates
- Graduelle Verringerung der finanziellen Verpflichtungen des Staates
- Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft mit dem Ziel gemeinsamer Investitionen
- Gemeinsame Investition mit Staaten und Gemeinden
- Integration von bestehenden Programmen in neue Programme

Einschätzung

Das vorgeschlagene Programm sieht vor, die bestehenden Probleme auf mehreren Ebenen anzugehen. Es werden konkrete Vorschläge zu den einzelnen Punkten gemacht. Die Finanzierung des Wirtschaftsprogramms und die Schaffung von Arbeitsplätzen stützen sich jedoch auf ein angenommenes jährliches Wirtschaftswachstum von fünf Prozent, was nach der gegenwärtigen Lage völlig unrealistisch ist.¹⁰ Es bleibt also fraglich, wie weit die vorgestellten Maßnahmen wirklich reichen können.

10) Das Wachstum betrug 2001 = 1,5 Prozent, für 2002 werden 1,4 Prozent und für 2003 ca. drei Prozent erwartet.

■ **Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen**

Seit der offiziellen Einschreibung der Kandidaten und dem Beginn der letzten Wahlkampfphase ab Juli lag Lula in allen Umfragen in der Wählergunst deutlich vor seinen Mitbewerbern. In den Wochen vor dem ersten Wahlgang wurde vor allem darüber spekuliert, ob er bereits im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen erreichen würde, was durchaus möglich erschien.

Am 06. Oktober erhielt er 39443876 Stimmen (46,4 Prozent) und übertraf damit das Ergebnis von F.H. Cardoso, für den 1998 im ersten Wahlgang 35936918 Wähler stimmten und der damals mit 53,06 Prozent der gültigen Stimmen bereits im ersten Wahlgang gewählt wurde. 2002 war die Zahl der Wahlberechtigten etwa acht Prozent höher als vier Jahre zuvor. Zugleich ging die Zahl der nicht ausgefüllten oder ungültigen Wahlzettel gegenüber 1998 von 8,03 Prozent bzw. 10,67 Prozent auf 3,03 Prozent bzw. 6,78 Prozent zurück, was im Wesentlichen auf

die landesweite Nutzung elektronischer Wahlmaschinen zurückzuführen ist. Die Wahlenthaltung – in Brasilien besteht Wahlpflicht – betrug beim ersten Wahlgang 7,76 Prozent gegenüber 21,49 Prozent im Jahre 1998.

In den drei Wochen zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang konnte der Gegner Lulas, der bisherige Gesundheitsminister José Serra, die Stimmung nicht mehr zu seinen Gunsten umkehren. Lula erhielt im zweiten Wahlgang 52 793 364 Millionen Stimmen (61,3 Prozent). Er wird am 1. Januar 2003 das Amt des brasilianischen Präsidenten antreten.

■ Tabelle 1: Präsidentschaftswahlen in Brasilien, erster und zweiter Wahlgang

	1. Wahlgang 6. 10. 2002		2. Wahlgang 27. 10. 2002	
Wahlberechtigte	115 253 816*	100,00	115 253 447	
Abgegebene Stimmen	94 779 899	82,24		
„weiße“ Stimmen	2 873 203	3,0	1 727 760	1,9
Ungültige Stimmen	6 978 278	7,4	3 772 396	4,1
Enthaltung	20 473 568*	17,76	23 589 188	20,5
Gültige Stimmen	84 931 917		86 164 103	
Davon für:				
Kandidaten	Stimmen	Anteil Prozent	Stimmen	Anteil Prozent
José Ignacio Lula da Siva (PT)	39 443 876	46,43	52 793 364	61,27
José Serra (PSDB)	19 700 470	23,20	33 370 739	38,73
Antony Garotinho (PSB)	15 175 776	17,86		
Ciro Gomes (PPB)	10 167 650	11,98		
José Maria (PSTU)	402 038	0,47		
Rui Pimenta (PCO)	38 608	0,05		

* Einschließlich ca. sechs Millionen „Phantomwähler“, die irrtümlich im Wahlverzeichnis geführt wurden.

Quelle: Tribunal Superior Eleitoral

Lula da Silva hat zwar mit großem Abstand die Präsidentschaftswahl gewonnen. Doch die Macht des brasilianischen Präsidenten ist begrenzt und seine Regierungsfähigkeit ist auf die Mitwirkung des Nationalen Kongresses mit seinen beiden Kammern und die Mitwirkung der Bundesstaaten angewiesen. Deshalb muss jeder Präsident eine möglichst breite Regierungskoalition bilden, der in der Regel mehrere Parteien angehören, und er muss die Unterstützung der Bundesstaaten gewinnen. Weder im Parlament noch bei den Bundesstaaten aber hat Lulas Partido de Trabalhadores eine Mehrheit. Der neue Präsident muss daher zunächst darum bemüht sein, aus der Vielfalt der in den Parlamenten vertretenen Parteien eine haltbare Koalition zu zimmern. Zwar wird es möglich sein, in beiden Kammern des Kongresses eine Mehrheit zu bilden, doch für wichtige Reformen sind Verfassungsänderungen notwendig und dafür bedarf es einer Vier-Fünftel-Mehrheit in beiden Kammern in jeweils zwei verschiedenen Abstimmungen. Solche Mehrheiten sind erfahrungsgemäß nur sehr selten und erst nach schwierigen Verhandlungen zu bekommen. Trotz seines sehr guten persönlichen Wahlergebnisses wird die Handlungsfähigkeit des Präsidenten Lula da Silva eingeschränkt bleiben.

■ **Die Wahlen zum Senat und zum Abgeordnetenhaus**

Bei den Wahlen zum Senat, den Abgeordneten der Kammer des Nationalen Kongresses und den Länderkammern der Bundesstaaten erreichte der PT die größten Zugewinne. Dennoch hat er angesichts des brasilianischen Mehrparteiensystems in keinem der Parlamente eine absolute Mehrheit der Sitze gewonnen.

In beiden Kammern des Nationalen Kongresses hat sich die Zahl der vertretenen Parteien erhöht; im Senat von zehn auf elf und in der Kammer von 15 auf 19 Parteien. Stärkste Parteien im Senat bleiben der konservative PFL und die Mitte-Links-Partei PMDB mit jeweils 19 Senatoren; beide sind bisherige Regierungsparteien. Der PSDB von Präsident Cardoso erlitt eine empfindliche Einbuße und stellt nur noch elf Senatoren. PT, PMDB und die meisten kleinen Parteien werden wohl eine Koalition eingehen, die im Senat über eine Mehrheit verfügt; der PMDB wird wohl

den wichtigen Senatspräsidenten stellen. PFL und PSDB bilden die Opposition, haben dabei aber keineswegs identische Interessen. Der PSDB wird eher bereit sein, punktuell Projekte der Regierung zu unterstützen.

■ **Tabelle 2: Ergebnis der Senatswahlen**

Parteien	Senatoren vor den Wahlen 2002	Neu gewählte Senatoren	Senatoren nach den Wahlen insgesamt
PMDB	23	9	19 (23 %)
PFL	18	14	19 (23 %)
PT	8	10	14 (17 %)
PSDB	14	8	11 (14 %)
PDT	5	4	5 (6 %)
PSB	3	3	4
PTB	5	2	3
PL	1	2	3
PPB	2		1
PPS	2	1	1
PSD	0	1	1
Insgesamt	81	54	81

Bahia ist der einzige Bundesstaat, in dem alle drei Senatoren einer Partei angehören (PFL). Hier wurde auch Antonio Carlos Magalhães, einer der großen alten Kaziken der brasilianischen Politik, der noch vor einem Jahr sein Senatsmandat wegen eines politischen Skandals hatte aufgeben müssen, wiedergewählt. Kurioserweise hat er sich aufgrund seiner Abneigung gegen José Serra im zweiten Wahlgang für Lula ausgesprochen, was dem PT-Kandidaten in dem bevölkerungsstarken Bundesstaat Bahia viele Stimmen zuführte.

In der Abgeordnetenversammlung verzeichnete Lula PT den größten Zugewinn und stellt mit 33 zusätzlichen Mandaten insgesamt 91 Abgeordnete. Aufgrund seiner relativen Mehrheit steht ihm das Amt des Präsidenten der Abgeordnetenversammlung zu, der entscheidenden Einfluss auf die Tagesordnung der Kammer und die Priorität und Reihenfolge der zur Abstimmung anstehenden Gesetze ausübt. Für die Abstimmung zwischen Präsidentschaft und Parlament ist das von großer Bedeutung. Der PSDB von Präsident Cardoso und Kandidat Serra verlor die meisten Sitze

■ Tabelle 3: Die Wahlen zur Abgeordneten-kammer

Partei	Abgeordnete vor den Wahlen 2002	Abgeordnete nach den Wahlen 2002
PT	58	91 (18%)
PFL	98	84 (16%)
PMDB	87	74 (14%)
PSDB	94	71 (14%)
PPB	53	49
PL	22	26
PTB	33	26
PSB	16	22
PDT	16	21
PPS	12	15
PC do B	10	12
PRONA	0	6
PV	0	5
PSD	0	4
PST	6	3
PMN	0	1
PSC	0	1
PSDC	0	1
PSL	5	1
PHS	1	0
PTN	1	0
		513

und stellt jetzt noch 72 (zuvor 94) Abgeordnete. Zweitgrößte Fraktion in der Kammer wurde der PFL mit 84 Abgeordneten, der ebenfalls einige Mandate verlor. Drittstärkste Partei wurde wiederum der PMDB (73 Mandate). Die Mehrheit der Kleinparteien ist im Wesentlichen dem linken Lager zuzurechnen. Sie werden Präsident Lula zunächst zwar unterstützen, doch wird es nicht einfach sein, sie in eine Koalitions- oder Regierungsdiziplin einzubinden.

Schon wenige Tage nach der Wahl zeichnete sich ab, dass mindestens 20 der neu gewählten Abgeordneten ihre Partei wechseln und eine neue politische Heimat in einer der künftigen Regierungsparteien suchen würden. Vor allem der bislang kleine PL wird von dem nicht unüblichen Parteiwechsel profitieren.¹¹⁾ Auch wenn dieses Verhalten einerseits als Aus-

11) Vgl. *O Globo* vom 30. Oktober 2002.

druck der Instabilität des brasilianischen Parteiensystems gesehen werden mag,¹²⁾ trägt es andererseits jedoch zur Stabilität der Regierung bei.¹³⁾

Das verhältnismäßig gute Abschneiden der kleinen Parteien und insbesondere die sechs Mandate für PRONA haben bei den etablierten größeren Parteien zu Irritationen geführt.¹⁴⁾ Kurz nach dem ersten Wahlgang erhoben viele Stimmen den Ruf nach einer politischen Reform, deren Ziel es u.a. sein sollte, die Hürden für eine Repräsentanz der kleinen Parteien anzuheben. Das Projekt einer politischen Reform wird seit langem diskutiert, doch bis auf die Einführung der Möglichkeit einer einmaligen direkten Wiederwahl des Präsidenten, der Gouverneure und Bürgermeister wurden in den letzten Jahren keine nennenswerten politischen Reformen vorgenommen.¹⁵⁾

■ Die Gouverneurs- und Landtagswahlen

Brasilien ist eine „föderative Republik“ und die Bundesländer haben hier einen sehr großen Einfluss auf die nationale Politik.¹⁶⁾ Zwar ist die formale Mitwirkung der Bundesländer an Entscheidungsprozessen auf Bundesebene nicht sehr transparent geregelt, doch die Parteien und die Politiker haben ihre Machtbasis in den Ländern; sie stützen ihre Legitimität und ihre Wahlchancen ganz wesentlich auf regionale Faktoren und müssen daher stets regionale Interessen berücksichtigen. Die Gouverneure üben im Senat und Abgeordnetenhaus über die Parteien einen großen Einfluß auf die nationale Politik aus.¹⁷⁾ Für jeden Präsidenten ist es daher sehr wichtig, neben einer breiten Basis in den beiden Kammern des Nationalen Kongresses auch über eine möglichst breite Basis in den Bundesstaaten zu verfügen.

Nachdem am 6. Oktober bereits zwölf Gouverneure gewählt worden waren, fand gleichzeitig mit der Stichwahl für den Präsidenten auch in 15 der 27 Bundesstaaten der zweite Wahlgang für das Amt des Gouverneurs statt.

Die Anzahl der in den Ländern regierenden Parteien hat sich von sieben auf acht erhöht und keine Partei dominiert in den Ländern. Der PSDB hat wiederum sieben Gouverneurswahlen gewonnen und stellt damit die relativ meisten Landesregierungen,

12) Besonders kritisch stets Scott Mainwaring, „Presidentialism, multipartism, and democracy: the difficult combination“, in: *Comparative Political Studies* 26 (1993) 2, S. 198–228.

13) Vgl. Vicente Toledo, „Wie wird Brasilien regiert? Die Debatte um politische Institutionen und Regierungsführung in Brasilien“, in: Wilhelm Hofmeister (Hrsg.), „Gebt mir einen Balkon und das Land ist mein“, *Politische Führung in Lateinamerika*, Frankfurt 2002, S. 355–397.

14) Der Führer von PRONA, Enéas Carneiro, erhielt mit mehr als 1,5 Millionen Wählern in São Paulo landesweit die meisten Stimmen und sicherte damit fünf weitere Mandate für seine Partei PRONA. Enéas macht mehr durch sein bizarres Aussehen und Auftreten als durch ein verständliches Programm von sich reden.

15) Vgl. Fabiano Santos, „Reformas políticas na presidência de Fernando Henrique Cardoso“, in: *Cadernos Adenauer* (2002) 3, S. 25–39.

16) Vgl. zu diesem für das Verständnis des brasilianischen Regierungssystems sehr wichtigen Aspekt: Wilhelm Hofmeister / José Mario Brasiense Carneiro, *Federalismo na Alemanha e no Brasil*, São Paulo 2001, und Fernando Abrucio, *Os barões da federação*, São Paulo 1998.

17) Erinert sei hier an den 1998 vom bisherigen Gouverneur von Minas Gerais, Itamar Franco, erklärten „Steuerkrieg“ gegen die Bundesregierung, der eine nationale Finanzkrise provozierte.

**■ Tabelle 4: Gouverneurs-
wahlen in Brasilien**

Partei	Gouverneure nach der Wahl 1998	Gouverneure nach der Wahl 2002
PSDB	7	7
PMDB	6	5
PFL	6	4
PT	3	3
PSB	2	4
PPB	2	0
PDT	1	1
PPS	0	2
PSL	0	1
insgesamt	27	27

darunter in den beiden großen und wichtigen Bundesstaaten São Paulo und Minas Gerais. PMDB und PFL dagegen haben Gouverneure verloren. Der PT gewann wiederum nur drei Gouverneurswahlen, obwohl er in acht Staaten die Stichwahl erreicht hatte, mehr als andere Parteien. Bemerkenswert ist die Niederlage des PT im südlichsten Bundesstaat Rio Grande do Sul, der bisher von einem PT-Gouverneur regiert wurde und stets eine Hochburg der Partei war. In Rio de Janeiro unterlag die PT-Kandidatin bereits im ersten Wahlgang der Frau des bisherigen Gouverneurs und Präsidentschaftskandidaten Garotinho. Das hat es Lula leichter gemacht, die Unterstützung dieses populären, aber unberechenbaren Politikers für den zweiten Wahlgang zu gewinnen, so dass er hier sein insgesamt bestes Ergebnis im Ländervergleich erzielte.

Die Länderbasis des Präsidenten Lula ist zunächst kleiner oder zumindest breiter gestreut als die seines Vorgängers Cardoso. Freilich ist keineswegs zu erwarten, dass die Landesregierungen eine grundsätzliche Opposition betreiben werden. Ihre Kooperationsbereitschaft hängt jedoch ab von schwierigen Verhandlungen und Zugeständnissen der Bundesregierung – ein politisches Spiel, das auch aus anderen föderalen Staaten hinlänglich bekannt ist.

Wie im Parlament haben sich die brasilianischen Wähler auch bei den Gouverneurs- und Landtagswahlen nicht für eine eindeutige Mehrheit entschieden, sondern dafür, dass die politischen Lager ver-

handeln und Kompromisse schließen müssen. Für die weitere Entwicklung des Landes muss dies nichts Schlechtes bedeuten.

■ **Bedeutung der Wahlen für die Parteienlandschaft**

Die Wahlen haben den Charakter des brasilianischen Parteiensystems als Mehrparteiensystem bestätigt, ja sogar bekräftigt. Die Veränderungen sind insgesamt nicht sehr dramatisch, wenngleich künftige Entwicklungen noch nicht eindeutig auszumachen sind.

Partido dos Trabalhadores

Wofür steht der PT, was repräsentiert diese Partei? Die Frage wird vor allem von Vertretern des Establishments mit einem gewissen Bangen gestellt. Denn der PT hatte bis vor wenigen Jahren noch eine recht eindeutig sozialistische Orientierung. Die Sichtweise der instrumentellen Funktion der Demokratie hat der PT schon seit langem aufgegeben und die farbliche Veränderung vom dunkelrot der Revolution zu einem moderateren Rosa und die programmatische „Sozialdemokratisierung“ sind in den letzten Jahren deutlicher geworden, zuerst im Vorfeld der Kommunalwahlen des Jahres 2000. Vor den Wahlen des Jahres 2002 hat der PT in der Darstellung und in seinem Programm moderate Töne angeschlagen. Zudem haben sich die sonst sehr pointiert auftretenden innerparteilichen Gruppen deutlich zurückgehalten, während Lula den Eindruck vermittelte, dass er den Ton angibt, in den alle anderen einstimmen. Wie weit die programmatische Erneuerung trägt, bleibt abzuwarten. Innerhalb des PT gibt es weiterhin verschiedene explizit marxistisch-revolutionäre Gruppierungen, deren Stärke auf zehn bis 30 Prozent der engagierten Mitglieder geschätzt wird.¹⁸⁾ Allerdings haben Lula und Parteivorsitzender José Dirceu schon vor einigen Jahren die innerparteilichen Weichen so gestellt, dass diese Gruppen keinen Einfluss auf die Parteiorganisation nehmen können.

Neben ihrer Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung und der Unterstützung durch die Bewegung der Landlosen (MST) hat der PT viele Anhänger bei Intellektuellen und an den Universitäten. Vor den Wahlen 2002 war man um eine Annäherung an die Unternehmer bemüht, um die Vorbehalte von dieser

18) Vgl. *Veja* vom 25. Oktober 2002.

Seite gegenüber dem PT abzubauen. Gegen Ende des Wahlkampfes zeigte diese Strategie Erfolg und viele Unternehmervverbände zeigten sich überzeugt vom Wandel des PT und der Regierungsfähigkeit eines Präsidenten Lula.

Der Wahlerfolg des PT ist Frucht langer Entwicklungsjahre, einer programmatischen Veränderung und auch erfolgreicher Regierungen in Bundesstaaten und Gemeinden, wo der PT pragmatische Politik betreibt und darauf achtet, nicht von den traditionellen Praktiken der brasilianischen Politik wie Klientelismus und Korruption infiltriert zu werden. Der Erfolg seines Präsidenten Lula hängt nun davon ab, ob der PT seine moderaten Positionen beibehält und ob auch die marxistischen oder revolutionären Gruppen innerhalb und im Umfeld der Partei sich der Regierungslogik unterwerfen und keine unerfüllbaren Forderungen erheben oder Mobilisierungsmaßnahmen fördern.

Partido Social Democrata Brasileiro (PSDB)

Die Partei des bisherigen Präsidenten Cardoso ist der große Wahlverlierer. Ihr Kandidat, der nie ein Kandidat des Herzens der Partei war, hat deutlich schlechter abgeschnitten als viele zu Jahresbeginn erwartet hatten. Dadurch hat der PSDB auch im Senat und Abgeordnetenhaus Mandate verloren und stellt in wichtigen Bundesstaaten wie São Paulo, Rio de Janeiro, Rio Grande do Sul oder Pernambuco keine Senatoren. Die Niederlage konnte nur durch das relativ gute Abschneiden in den Bundesstaaten kompensiert werden. So wird der PSDB weiterhin eine gewichtige Rolle in der brasilianischen Politik spielen. Die bisherige Dominanz São Paulos innerhalb des PSDB wird zurückgehen und infolge einer *despaulistanização* werden andere Regionen größeres Gewicht erhalten. Allerdings wird der Gouverneur von São Paulo, Geraldo Alkmin, der im größten und wichtigsten Bundesland die Stichwahl gegen den PT-Bewerber gewann, national an Bedeutung hinzugewinnen. Alkmin gilt nun ebenso als möglicher Präsidentschaftskandidat in vier Jahren wie der junge Gouverneur von Minas Gerais und bisherige Präsident der Abgeordnetenkammer, Aécio Neves, ein Enkel des ersten, nach der Militärregierung gewählten Präsidenten Tancredo Neves.¹⁹⁾

19) Tancredo Neves war zwar zum Präsidenten gewählt, verstarb aber noch vor Amtsantritt, so dass sein Vize José Sarney das Präsidentenamt übernahm.

Der PSDB sieht sich als authentischer Vertreter einer modernen Sozialdemokratie nach europäischem Vorbild.²⁰⁾ Nicht ohne Stolz hat Präsident Cardoso in den vergangenen Jahren an Treffen der „neuen Führer“ mit Repräsentanten der europäischen Sozialdemokratie und des früheren US-Präsidenten Clinton teilgenommen. Allerdings ist der internationale Flair innerhalb der Partei nur sehr schwach ausgeprägt. Der PSDB hatte in den vergangenen Jahren eine starke Unterstützung bei der modernisierungswilligen Technokratenschicht und vielen Intellektuellen. Ob dies erhalten bleibt, wenn sich die regionalen Gewichte innerhalb der Partei verschieben, ist abzuwarten.

Vor der Wahl war gelegentlich darüber spekuliert worden, dass der PSDB eine Koalition mit dem PT eingehen könnte. Das ist unwahrscheinlich, denn PT und PSDB alleine erreichen keine Mehrheit, und solange der PT noch Rücksichten auf die kleinen Linksparteien nehmen muss, wird der PSDB keine Koalition eingehen. Der Partei dürfte vielmehr eher daran gelegen sein, sich als moderate Oppositionspartei zu präsentieren, um in vier Jahren wieder mit mehr Chancen einen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen; das schließt gelegentliche Unterstützung von Regierungsprojekten nicht aus. Bis dahin, so hofft man, werden auch die Leistungen der Regierung Cardoso, die zur Zeit in der Bevölkerung sehr kritisch beurteilt werden, in einem anderen Licht gesehen.

Partido de Frente Liberal (PFL)

Der PFL ist im Hinblick auf die gewonnenen Mandate im Parlament eine der stärksten Parteien des Landes; in den Bundesländern hat er schlechter abgeschnitten als erwartet. Hervorgegangen aus der offiziellen Regimepartei der Militärregierung (ARENA) war der PFL seit seiner Gründung an allen Regierungen beteiligt und ist nun zum ersten Mal in seiner Geschichte in der Opposition. Besonders gute Ergebnisse erzielte er im Nordosten des Landes da, wo die eher traditionellen Gruppen der Partei den Ton angeben. Der Parteivorsitzende Bornhausen, der den modernen Konservatismus innerhalb des PFL repräsentiert, hat in seinem Bundesland Santa Catarina eine Niederlage erlitten.²¹⁾ Dagegen konnte H.C. Ma-

20) Vgl. David Fleischer, *PSDB. De facção a partido*, Brasília 1999.

21) Die von ihm unterstützten Gouverneurs- und Senatskandidaten wurden nicht gewählt.

galhães in Bahia wieder einen großen Wahlsieg erringen und wird damit bis auf Weiteres zum wichtigsten PFL-Führer. Schon wenige Tage nach der Wahl erhob der PFL einige populistische Forderungen, womit er zeigte, dass er eine deutliche Abgrenzung zur Regierung sucht.

Partido Movimento Democrático Brasileiro (PMDB)

Der PMDB ist die zweitgrößte Partei des Landes. Hervorgegangen aus der „offiziellen“ Oppositionspartei gegenüber der Militärregierung, sieht sich der PMDB als „Mitte-Links-Partei“, die ebenfalls eine sozialdemokratische Programmatik vertritt. Allerdings ist das programmatische Profil des PMDB weit weniger deutlich ausgeprägt als im Fall des PSDB, und innerhalb dieser Partei gibt es noch weniger als in den anderen Parteien des Landes eine starke zentrale Führung, sondern vielmehr regionale und lokale Führer, die in manchen Landesteilen einen noch sehr traditionellen klientelistischen Politikstil repräsentieren.

Da das Interesse an Ämtern und Pfründen im PMDB sehr stark ausgeprägt ist und viele PMDB-Mitglieder eine ideologische Nähe zum PT empfinden, ist zu erwarten, dass der PMDB – trotz des Wahlbündnisses mit José Serra und dem PSDB – nun eine Koalition mit dem PT eingeht.

Das Sterben der Dinosaurier

Der Wandel in der brasilianischen Politik nach den Wahlen zeigt sich auch daran, dass einige „Dinosaurier“, das sind Führer, die durch traditionelle Klientelbeziehungen über Jahrzehnte Macht und Einfluss in einzelnen Regionen oder sogar auf nationaler Ebene ausübten, deutliche Niederlagen erlitten haben. Dazu gehören u.a. Paulo Maluf (PPB) in São Paulo, Leonel Brizola (PDT) in Rio de Janeiro oder auch der ehemalige Staatspräsident Fernando Collor de Mello (PRTB), der in seinem Heimatstaat Alagoas ein politisches Come-back bei der Gouverneurswahl angestrebt hatte.²²⁾ Allerdings sind nicht alle dieser „Dinosaurier“ vom Aussterben bedroht, wie die Wahl von H.C. Magalhães in Bahia und Roseana Sarney in Maranhao als Senatoren oder von Jader Barbalho als Abgeordneter in Pará zeigt.

22) Andere dieser Dinosaurier sind Sen. Flaviano Mello (PMDB-AC), Sen. Gilberto Mestrinho (PMDB-AM), Erandes Amorim (PRTB-RO), Sen. Sérgio Machado (PMDB-CE), Sen. Fernando Bezerra (PTB-RN), Newton Cardoso (PMDB-MG).

■ Die Rolle der evangelischen Kirchen

Brasilien gilt zwar als das größte katholische Land der Erde, doch in den letzten Jahren haben protestantische Kirchen und Sekten einen kontinuierlichen Zulauf. Zum ersten Mal ist die Bedeutung dieses Sektors nun auch wahlpolitisch sehr deutlich geworden. Bereits vor den Wahlen haben sich die Kandidaten und Parteien um die Stimmen der Protestanten bemüht. Nach ersten Erhebungen sind 48 protestantische Prediger und Priester ins Parlament gewählt worden,²³⁾ das entspricht 9,2 Prozent der Sitze in der Abgeordnetenkammer. Besonders bemerkenswert ist die Wahl des Bischofs Marcello Crivella von der Igreja Universal de Reino de Deus aus Rio de Janeiro in den Senat. Der Partido Liberal (PL), Koalitionspartner Lulas und des PT, der künftig den Vizepräsidenten stellt, ist die Partei mit dem größten Anteil evangelischer Abgeordneter. Von der neuen Regierung erwarten die evangelischen Kirchen für ihre Wahlhilfe nun Zugeständnisse, wie Bischof Edir Macedo, der Führer der Igreja Universal, bereits unmissverständlich deutlich gemacht hat.

23) Vgl. *O Globo* vom 13.10.2002.

■ Perspektiven

Brasilien braucht Reformen und Stabilität. Der neue Präsident hat während des Wahlkampfes nicht nur Reformversprechungen gemacht, sondern auch sehr viel Gespür für die Unsicherheit und Zweifel der Brasilianer und des internationalen Umfeldes, insbesondere der internationalen Finanzagenturen, gezeigt, die ihm und seiner Partei mit Skepsis begegneten. Lula selbst hat in der Wahlnacht gerufen: „Die Hoffnung besiegt die Furcht!“ Ihm ist bewusst, dass große Leistungen von seiner Regierung erwartet werden. Andererseits kann er damit rechnen, dass nicht nur seine eigene Partei und der PMDB, sondern auch der PSDB bereit sein wird, Reformprojekte bis hin zu Verfassungsreformen, für die, wie erwähnt, eine Mehrheit von vier Fünfteln der Senatoren und Abgeordneten in jeweils zwei Wahlgängen notwendig ist, zu unterstützen.

Der gewählte Präsident Lula hat ein neues Wirtschafts- und Sozialmodell in Aussicht gestellt. Doch der Handlungsspielraum des neuen Präsidenten ist

angesichts der Haushaltsprobleme und der Auslandsschulden relativ gering. Als erstes hat Lula nach den Wahlen ein Sonderprogramm zur Beendigung des Hungers im Land angekündigt. Damit kann er Aktivität in einem wichtigen sozialen Bereich nachweisen, ohne dass die Grundlinien der Wirtschaftspolitik erschüttert werden. Die Bereitschaft zur Unterstützung dieses Programms ist groß.

Im Ausland genießt der neue Präsident einen Vertrauensvorschuss. Das haben die Reaktionen der Börsen und des Finanzmarktes ebenso gezeigt wie die ersten Reaktionen aus den Hauptstädten der Welt. Lula erhielt einen Anruf des US-Präsidenten Bush, der ihm zu der Wahl gratulierte und seine Hoffnung auf gute Zusammenarbeit ausdrückte. Ebenso war der Anruf des französischen Staatspräsidenten Chirac offensichtlich besonders herzlich. Bush und Chirac haben freilich auch konkrete Interessen: die bevorstehende Anschaffung neuer Flugzeuge durch die brasilianische Armee, bei der Anbieter aus den USA und Frankreich miteinander konkurrieren. Schon kurz nach der Wahl ist Lula dadurch mit dem Regierungsalltag konfrontiert worden. Sofern es ihm gelingt, die Erwartungen und Gemüter innerhalb der eigenen Reihen und der ihm verbundenen Linksparteien zu kontrollieren und in ein Reformprojekt einzubinden, wird Brasilien in den nächsten Jahren eine stabile Entwicklung erleben.